

Bundesrat Koller: Aus der schriftlichen Begründung ist zu ersehen, dass der Bundesrat Ihnen die Ablehnung dieser Motion empfiehlt. Es sind im wesentlichen folgende Gründe: Einmal ein formeller: Die Motion greift eindeutig in den Kompetenzbereich des Bundesrates ein und kann daher – nach der bekannten Praxis des Bundesrates – nicht als Motion überwiesen werden.

Viel gewichtiger sind natürlich die materiellen Gründe. Ihr Rat hat diese Beschlüsse im Dezember 1991 revidiert und sich damals nach einer sehr langen Diskussion mehrheitlich für Beibehaltung dieses Beschlusses ausgesprochen.

Der Bundesrat sieht nicht ein, was sich seit diesen Beschlüssen von Ende 1991 an der Lage auf dem Bau- und Immobilienmarkt geändert hätte. Im Gegenteil: Heute haben die Bodenpreise auf tieferem Niveau wieder einigermaßen Boden gefasst, und all unsere Gespräche, die wir mit der Nationalbank und anderen Experten führen, gehen eher dahin, dass gerade auf dem Immobilienmarkt ab nächstem Jahr ein Aufschwung nicht ausgeschlossen ist. Wenn es zu einem solchen Aufschwung kommt und das nötige Geld vorhanden ist, gibt es eben, wie uns die Erfahrung zeigt, immer wieder Hasardeure, die auf dem Bodenmarkt mit möglichst wenig Eigenkapital das schnelle Geld suchen, ohne Eigenleistungen erbringen zu müssen. Solche Marktteilnehmer sind auf dem Bodenmarkt nicht erwünscht.

Sie wissen auch, zu welchen katastrophalen Auswirkungen die Uebermarchungen Ende der achtziger Jahre geführt haben. Damals, im Jahre 1989, als wir diese bodenrechtlichen Sofortmassnahmen erlassen haben, waren es im übrigen gerade Bankiers, die zu Recht gesagt haben, dass sie froh seien, dass der Gesetzgeber diesem Treiben der Kreditgewährung von hundert und mehr Prozent endlich ein Ende setze.

Der Bundesrat ist der Meinung, man solle im Leben nicht zweimal den gleichen Fehler machen. Oder wollen Sie, dass wir uns, noch bevor wir das Vernehmlassungsverfahren über das Anschlussprogramm durchgeführt haben, auf diesem Gebiet wieder komplett wehrlos machen, so dass beim nächsten Aufschwung wieder jeder Missbrauch möglich ist? Eine solche Politik kann der Bundesrat nicht bejahen. Und wenn Sie an all jene denken – nicht nur an die Banken, sondern auch an die betroffenen Bürger –, die wegen dieser Missstände Ende der achtziger Jahre gelitten haben, können Sie unserem Volk schlicht nicht erklären, warum wir auf all diese Mittel verzichten wollen, die heute keinerlei kontraproduktive Wirkung haben. Sie ändern an der gegenwärtigen Lage auf dem Boden- und Immobilienmarkt überhaupt nichts, wenn Sie diesen Bundesbeschluss aufheben. Sie bewirken nur, dass wir bei einem nächsten Aufschwung überhaupt keine Mittel gegen neue Missbräuche in den Händen haben.

Aus diesem Grunde beantragt Ihnen der Bundesrat, die Motion abzulehnen. Wir haben mit unserem Anschlussprogramm gezeigt – mit dem Recht auf Privaterschliessung –, dass wir adäquate Massnahmen im Anschlussprogramm vorsehen. Und wenn wir dann die Vernehmlassungsergebnisse zum Anschlussprogramm sehen, wird der Bundesrat eine neue Lagebeurteilung vornehmen.

Das sind die entscheidenden Gründe, weshalb wir Ihnen die Ablehnung der Motion empfehlen.

#### Abstimmung – Vote

Für Ueberweisung der Motion

55 Stimmen

Dagegen

43 Stimmen

92.3034

### Motion Gysin

#### Erschliessungsrecht für Baulandeigentümer

#### Droit pour les propriétaires d'équiper les terrains à bâtir

#### Wortlaut der Motion vom 31. Januar 1992

Der Bundesrat wird beauftragt, unverzüglich den Vorschlag für ein Erschliessungsrecht der Baulandeigentümer in die Vernehmlassung zu geben und dem Parlament beförderlich eine Vorlage zu unterbreiten.

#### Texte de la motion du 31 janvier 1992

Le Conseil fédéral est chargé de soumettre sans délai à la procédure de consultation une proposition visant à conférer aux propriétaires le droit d'équiper leurs terrains à bâtir, et de présenter sans retard un projet au Parlement.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Allenspach, Aregger, Bezola, Bonny, Bühler Gerold, Cincera, Dettling, Eymann Christoph, Fischer-Seengen, Fritschi Oscar, Früh, Giger, Loeb François, Miesch, Scheidegger, Spoerry, Stamm Luzi, Stucky, Tschuppert Karl, Wyss Paul (20)

#### Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Bundesrat hat im September ein Bodenrechtsprogramm veröffentlicht. Es bedingt überwiegend die Aenderung von Gesetzen.

Die Effizienz verschiedener Massnahmen ist fraglich. Die wirkungsvollste Neuerung, die das Programm nennt, ist das Recht des Eigentümers, im Rahmen der Raumplanung Bauland selber zu erschliessen. Dies überwindet die Blockierung von Erschliessungen. Mehr Wohnungen entstehen, und dank mehr baureifem Land wird der Bodenmarkt entlastet.

Der Bundesrat erklärt aber, diesen Vorschlag vielleicht erst Mitte 1993 in die Vernehmlassung geben zu wollen. Das Gesetzgebungsverfahren würde in einem wichtigen Punkt um Jahre verzögert. Dabei liegt in der Verwaltung ein Gesetzentwurf schon vor.

#### Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 13. Mai 1992

#### Rapport écrit du Conseil fédéral

du 13 mai 1992

Mit den Entscheiden vom 19. September 1991 zum Anschlussprogramm Bodenrecht beauftragte der Bundesrat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement, bis im Sommer 1993 einen vernehmlassungsreifen Entwurf mit Begleitbericht, unter anderem zum Erschliessungsrecht, vorzulegen. Es sollen dabei die Voraussetzungen zur Erschliessung durch den Grundeigentümer auf eigene Kosten geprüft und geregelt werden. Der Bundesrat vertrat dabei die Ansicht, das Erschliessungsrecht stehe in enger Beziehung zu weiteren raumplanerischen Massnahmen (Förderung der Siedlungsentwicklung nach innen, Erschliessungsbeiträge, Wohnanteilepläne), und die Notwendigkeit der Regelung hänge eng vom Ergebnis der laufenden Erhebungen über den Stand der Erschliessung ab, so dass diese Massnahme nicht aus dem Anschlussprogramm herausgetrennt und vorgezogen werden könne.

Die Erstellung der Erschliessungsübersichten ist in allen Kantonen im Gang. Sie konnten in den meisten Kantonen nicht in der von der Raumplanungsverordnung festgesetzten Frist durchgeführt werden. Solange aber die Grundlagen über den Stand der Erschliessung nicht genügend und vollständig bekannt sind, kann keine sachbezogene Gesetzgebung erstellt werden.

Die Raumplanung allgemein und die Erschliessung im besonderen kann nur durch die oder mit Hilfe der Kantone durchgeführt werden. Ein Vernehmlassungsverfahren muss somit auf jeden Fall durchgeführt werden. Wird das Anhörungsrecht ernst genommen, ist den Kantonen ein auf Grundlagen abgestützter Entwurf zukommen zu lassen.

Im übrigen erlaubt das eidgenössische Raumplanungsgesetz den Kantonen bereits heute vorzusehen, dass Grundeigentümer ihr Land nach den vom Gemeinwesen genehmigten Plänen selber erschliessen können (Art. 19 Abs. 3 Raumplanungsgesetz).

Der Bundesrat ist daher weiterhin der Ansicht, die Erschliessungsproblematik solle im Rahmen des Anschlussprogramms Bodenrecht und nicht davon losgetrennt gesondert behandelt werden.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

*Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

*Ueberwiesen als Postulat – Transmis comme postulat*

92.3117

**Motion  
der sozialdemokratischen Fraktion  
Lex-Friedrich-Liberalisierung.  
Ersatzgesetzgebung**

**Motion  
du groupe socialiste  
Lex Friedrich.  
Législation de substitution**

*Diskussion – Discussion*

Siehe Jahrgang 1992, Seite 2158 – Voir année 1992, page 2158

M. **Leuba:** A vrai dire, je m'attendais à ce que le groupe socialiste retire sa motion. Je crois qu'il est important de relire cette motion et de voir combien elle est absolument dépassée: «Le Conseil fédéral est chargé d'édicter des dispositions légales dans le domaine de l'aménagement du territoire ou du droit foncier, dispositions assurant que la lex Friedrich, qui devra être supprimée dans la perspective de l'EEE, sera remplacée, au moment de l'entrée en vigueur de l'Accord sur l'EEE, par des dispositions tout aussi efficaces. Le droit fédéral devra notamment permettre de restreindre la parahôtellerie ainsi que la construction de résidences secondaires et d'appartements de vacances. Les adaptations des lois devront avoir lieu assez rapidement pour pouvoir être traitées par le Parlement en même temps qu'Euroléx.»

Alors véritablement, si les mots ont encore un sens, je ne sais pas ce que demande cette motion, très franchement. Elle est dépassée, elle n'a plus aucun sens puisque l'Accord sur l'EEE a été refusé. Nous avons sans doute l'espoir de nous rapprocher de l'Europe et de peut-être une fois rejoindre l'EEE ou autre chose, mais en tout cas, dans ces termes, cette motion, même sous forme de postulat, est inacceptable.

Au surplus, on trouve dans le développement par écrit quelque chose qui est tout à fait remarquable. Je lis simplement ce petit passage: «Pour ces motifs, il y a lieu de craindre à juste titre que, dès la première phase d'assouplissement de la lex Friedrich (entrée en vigueur de l'Accord sur l'EEE), la Suisse doive faire face à une ruée sur la propriété foncière, notamment pour ce qui est des résidences secondaires et de la parahôtellerie. Il faudra d'abord s'attendre à une augmentation du nombre d'étrangers venant s'établir en Suisse; ensuite, une partie des personnes exerçant une activité professionnelle en

Suisse en profitera pour acquérir des biens-fonds; ....» Cette motion n'est pas signée par les démocrates suisses comme on pourrait le croire à la lecture de ce texte, elle est signée par les socialistes qui nous expliquent qu'on doit être ouvert à l'Europe, et que, évidemment, être ouvert à l'Europe, c'est aussi accepter les autres Européens. Eh bien, ces motifs justifient à eux seuls que nous n'acceptons ni la motion ni le postulat.

Nous avons des dispositions sur l'aménagement du territoire. Nous avons des dispositions sur la revente des immeubles non agricoles. Nous avons des dispositions actuelles qui permettent de faire face à une pression qui pourrait s'exercer, mais cette pression doit être combattue là où elle s'exerce, c'est-à-dire par les lois qui sont actuellement en vigueur, loi fédérale sur l'aménagement du territoire, dispositions cantonales, dispositions communales. Enfin, au moment où chacun parle de revitalisation de l'économie suisse, c'est vraiment le moment de venir encore avec des règles supplémentaires pour limiter toutes les possibilités de développement de notre économie!

Compte tenu du caractère complètement dépassé de la motion, et comme le postulat ne peut pas rattraper le caractère dépassé de la motion, compte tenu aussi du caractère nocif de ses intentions quant au programme de revitalisation de notre économie, je vous prie de ne pas transmettre cette motion, même sous la forme d'un postulat.

**Bundi:** Die sozialdemokratische Fraktion hatte diese Motion zu einem Zeitpunkt eingereicht, als das Anliegen im Zusammenhang mit dem EWR unmittelbar aktuell war. Natürlich ist ein Teil des Anliegens dieser Motion nach wie vor aktuell, vor allem im Hinblick auf das Swissex-Paket, d. h. auf die autonome Anpassung unserer Gesetze an die europäische Gesetzgebung respektive im Hinblick auf das Bestreben, unsere Gesetzgebung möglichst europakompatibel zu gestalten. In diesem Zusammenhang hat der Bundesrat bereits erklärt, dass er mit der Zeit eine teilweise Liberalisierung der Lex Friedrich beantragen wolle.

Nachdem dieser Rat vor einer Viertelstunde einen praktisch gleichlautenden Vorstoss von Kollege Vollmer als Postulat überwiesen hat, erübrigt sich eine weitere Diskussion darüber. Damit ist unser Anliegen eigentlich erfüllt, und ich kann diese Motion zurückziehen.

*Zurückgezogen – Retiré*

91.3303

**Motion Hess Peter  
Einführung des Oeffentlichkeitsprinzips  
mit Geheimhaltungsvorbehalt  
Régime de la transparence et réserve  
du secret au sein de l'administration**

*Wortlaut der Motion vom 19. September 1991*

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Entwurf eines Bundesgesetzes vorzulegen, welches die Einführung des Oeffentlichkeitsprinzips mit Geheimhaltungsvorbehalt in der Bundesverwaltung vorsieht. Die Information über öffentliche Belange ist eine wichtige Voraussetzung für die Wahrnehmung des Stimm- und Wahlrechts, für die parlamentarische Arbeit wie für die freie Meinungsbildung schlechthin.

*Texte de la motion du 19 septembre 1991*

Le Conseil fédéral est chargé de soumettre au Parlement un projet de loi prévoyant l'application du principe de la publicité des actes de l'administration sous réserve du maintien du secret. Il est important, pour assurer l'exercice des droits politiques des citoyens, le fonctionnement du Parlement et la li-

## **Motion Gysin Erschliessungsrecht für Baulandeigentümer**

## **Motion Gysin Droit pour les propriétaires d'équiper les terrains à bâtir**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.3034
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	03.06.1993 - 15:00
Date	
Data	
Seite	980-981
Page	
Pagina	
Ref. No	20 022 776

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.